

Nicht fürs Leben,
für die Schule
lernen wir.

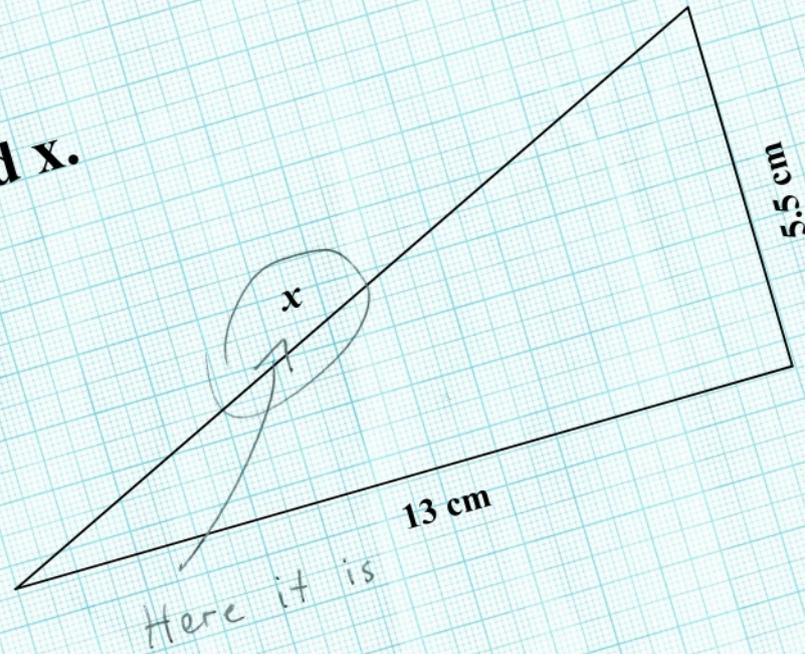
$$+ \begin{cases} \text{fleissig} \\ \text{nicht fleissig} \end{cases} = \begin{cases} \text{nicht faul} \\ \text{faul} \end{cases}$$

$$\text{fleissig} + \text{nicht fleissig} = \text{nicht faul} + \text{faul}$$

$$\text{fleissig} \cdot (1 + \text{nicht}) = \text{faul} \cdot (\text{nicht} + 1) \quad | : (1 + \text{nicht})$$

$$\underline{\underline{\text{fleissig} = \text{faul}}}$$

3. Find x.



Schule macht dumm!

Inland:

- 3 «Wir fordern bessere Löhne»
- 4 Finger weg von meiner Schule!
- 5 Spiel auf Zeit
- 8 Eine Organisation wird kriminalisiert
- 9 Schlechtbezahlte Praktika

International:

- 10 Die Türkei treibt Krieg
- 12 Zum Sparen gezwungen

Schwerpunkt:

- 15 Lernen. Auskotzen. Lernen.
- 17 Chancengleichheit - ein modernes Märchen
- 18 Die andere Schule

Theorie & Geschichte

- 20 Lehren aus dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion

Kultur & Trash:

- 22 Lebenslänglich im Widerstand

Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Ausgabe Nr. 10, Herbst 2015
Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich
c/o PdA Zürich, Postfach 8721, 8036 Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: gratis normal / Spende soli
PC: 60-729369-5



Schule. Wer geht schon freiwillig dorthin, oder gar gerne? Muss das so sein? Wieso nervt sie uns überhaupt so sehr?

In der neuesten Ausgabe sind wir genau diesen Fragen nachgegangen. Zuerst einmal haben wir nachgeschaut, wo das Problem liegt. Soviel sei verraten: In der Hauptsache ist die Gesellschaft dran Schuld. Danach werden wir euch Alternativen dazu aufzeigen, einerseits das Vorbild der ach so schrecklichen DDR, deren Bildungssystem teilweise von westlichen Ländern übernommen wurde, andererseits das Vorbild des noch real existierenden Kuba, das nichts von seiner Dynamik verloren hat.

Übrigens: Ab dieser Ausgabe ist das Njet! kostenlos erhältlich. Es wird allerdings nur noch zweimal im Jahr erscheinen. Auf Spenden sind wir immer noch angewiesen und wir würden uns über deine Unterstützung freuen!

Unser Postkonto: 60-729369-5

Gender*Sternchen

Im Njet! verwenden wir das sogenannte Gender*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken. Beim Gender*Sternchen handelt es sich allerdings um eine blosser Formalität. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.

«Wir fordern bessere Löhne»

Die Kommunistischen Jugend (KJ) tritt im kommenden Herbst an den Nationalratswahlen zusammen mit der Partei der Arbeit Zürich auf einer Liste an. Im Gespräch mit dem Njet! erzählt der Spitzenkandidat der KJ Harald Lukes von seiner Zeit als Lehrling und wie er sich heute für ihre Rechte einsetzt.

Njet!: Du bist Kandidat der Kommunistischen Jugend für die Nationalratswahlen. Erzähl bitte von dir.

Harald: Ich bin 24 Jahre alt und wohne in der Stadt Zürich. In meiner Freizeit spiele ich gerne Fussball. Beruflich habe ich eine Lehre als Elektroniker gemacht. Ich habe dabei aber festgestellt, dass diese Arbeit weniger meinen Interessen entspricht, weshalb ich mittlerweile in einer Kinderkrippe als Fachmann Betreuung arbeite.

Du hast dich für eine ziemlich signifikante berufliche Neuausrichtung entschieden. Hast du in der Lehre schlechte Erfahrungen gemacht?

Ich habe als Elektroniker erlebt, wie wenig Wert auf die Ausbildung gelegt wurde. Wichtig war dem Betrieb, dass wir produktiv arbeiten und dass sie das Geschaffene verkaufen konnten. Uns lehrreiche Arbeiten zu geben, die einem auch etwas genützt hätten, auf diese Idee ist der Betrieb nicht gekommen. Wir haben häufig sehr einfache und langweilige Arbeiten bekommen, die keinen Nutzen für die Ausbildung hatten. Etwa Flugzeugkabel zu putzen oder tausende Bestellungen abzupacken. Das störte mich enorm, denn ich wollte etwas lernen, was mir nach der Lehre im Berufsleben auch nützen würde.

Für meinen Berufswechsel spielte das allerdings eine untergeordnete Rolle. Ich habe die Lehre als Elektroniker gewählt, da Mathematik in der Sek eine meiner Stärken war. Über den tatsächlichen Arbeitssalltag erfährt man relativ wenig, auch eine Schnupperlehre zeigt einem das nur sehr begrenzt. Erst als ich dann in der Lehre war, habe ich überhaupt feststellen können, dass diese Arbeit mir wohl doch nicht entspricht. Zum Glück habe ich jetzt eine Arbeit gefunden, die mir sehr gefällt.

Wie bist du zur KJ gestossen?

Ich war damals Mitglied der Partei der Arbeit (PdA), als sich in Zürich eine Sektion der KJ gegründet hat. Zuvor gab es bereits Sektionen in Bern und im Tessin. Am Roten Oktober, dem Bildungswochende der Berner KJ, das bis heute jedes Jahr stattfindet, haben wir uns mit den jungen Genossinnen und Ge-

nossen aus den anderen Kantonen ausgetauscht und waren der Meinung, dass wir auch in Zürich eine Jugendgruppe brauchen. In einer solchen Gruppe konnten wir uns noch mehr mit Themen beschäftigen, die speziell Jugendliche betreffen, z.B. mit Problemen der Lehrlinge am Arbeitsplatz oder in der Schule. In der KJ hatten wir auch den Freiraum, um zu lernen, wie wir uns selber organisieren. Wir können bestimmen, was für Kampagnen wir machen wollen, ob für einen gratis ÖV oder für mehr Ferien für Lehrlinge. Wir lernen hier, wie man Flyer und Plakate macht und ein eigenes Magazin herausbringt.

Für was setzt sich die KJ ein und was sind eure Forderungen?

Für die Lehrlinge fordern wir bessere Löhne und einen Mindestlohn. Die Unternehmen machen mit ihrer Arbeit und durch die schlechten Löhnen riesige Gewinne. Jedes Jahr sind es eine halbe Milliarde Gewinn, allein durch die Arbeit der Lehrlinge! Und



Harald (24) hat selber eine Lehre als Elektroniker gemacht.
Foto: KJ Schweiz, 2015.

die können sich mit den mickrigen Löhnen kaum etwas leisten, deshalb sind viele finanziell noch vollständig von den Eltern abhängig. Eine eigene Wohnung bleibt für viele Junge ein unerschwinglicher Traum.

Eine weitere Forderung von uns ist deshalb günstiger Wohnraum für die Jugend. Kein Lehrling kann es sich heute leisten auszuziehen, da die Mieten höher sind als die Löhne. Es müssen kostengünstige Wohnungen speziell für Lehrlinge gebaut werden. Auch sollte es mehr Studentenwohnungen geben. Für junge Erwachsene fordern wir, dass genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt wird. Es kann nicht sein, dass billige Wohnungen abgerissen oder renoviert werden, nur um nachher mit der schicken Wohnung, im Neubau doppelt so viel Miete zu verlangen. Der Einzige, dem das nützt, ist der Vermieter, der Besitzer der Immobilien. Denn so kann er oder sie noch mehr abkassieren.

Wir fordern eine Ausbildung, die den Namen auch verdient. Die Lehrlinge sind nicht hauptsächlich zum Putzen und Aufräumen da. Sie sollen Arbeiten bekommen, die ihnen helfen und von denen sie etwas lernen können. Deshalb braucht es auch bessere Kontrollen, um sicherzustellen, dass sie nicht nur als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

Zudem ist uns ein bezahlbarer ÖV wichtig. Die Billettpreise sind die ganze Zeit am Steigen. In der jetzigen Situation müssen Lehrlinge einen grossen Teil

ihres Lohns für das Billett ausgeben. Wir fordern, dass der ÖV für sie kostenlos wird und die Arbeitgeber die Kosten übernehmen.

In einem Flyer verlangt die KJ die Abschaffung von Prüfungen und Noten. Wie stellt ihr euch das vor?

Feststellen, ob ein Schüler, eine Schülerin in der Primarschule den Stoff verstanden hat, das kann man problemlos auch ohne Prüfungen und Noten. Die Aufteilung schränkt die Berufsauswahl unnötig ein. Ob jemand gut im Beruf ist, hängt vor allem vom Interesse daran ab, nicht davon, ob man einen «Vierer» oder einen «Fünfer» in der Mathe hatte. Im heutigen Schulsystem müssen die Schüler sehr viele Prüfungen schreiben, zu jedem neuen Thema eine neue Prüfung. So lernen die Schüler heute für die Matheprüfung und haben es morgen schon wieder vergessen, auch weil sie dann schon für die nächste Prüfung lernen müssen. Da kann man kurz vor der Prüfung lernen, gute Noten haben und trotzdem nichts verstehen. Noten sagen so kaum etwas darüber aus, ob der Schüler die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Themen versteht. Das ist aber entscheidend, wenn man bei der Arbeit gut sein will, denn da wird das *ganze* Fachwissen benötigt.

Deshalb möchten wir, dass Ausbildungen allen offen stehen, die daran interessiert sind, und dass Aufnahmeprüfungen sowie Noten abgeschafft werden.

Finger weg von meiner Schule!

Zum Schulanfang 2015 hat der Kanton Neuchâtel entschieden, auf die Ausbildung zum/zur Verwaltungsassistent*in mit Diplom eine Studiengebühr zu erheben.

Was bisher gratis war, soll zukünftig 9'000 Franken pro Ausbildungsjahr kosten! Das Ziel: Diesen Studiengang «finanziell selbsttragend» zu machen. Das Vorhaben ist Teil von Sparmassnahmen der Regierung (mit sozialdemokratischer Mehrheit), die im Bereich der Bildung umgesetzt werden sollen.

Für die Kommunistische Jugend Neuchâtel, die sich gegen die Kommerzialisierung der Schule und für eine emanzipatorische Bildung einsetzt, ist diese Studiengebühr unakzeptabel. Beim Semesterstart wird sie vor den Schulen präsent sein mit ihrer Petition «Finger weg von meiner Schule!», die verlangt, dass die Massnahme aufgehoben wird. Für Jeannot Leisi, Vorstand der KJ im Neuburger Littoral, handelt es sich «um eine Politik der Budgetkürzungen in der Bildung, die vor allem die Jungen der Arbeiterklasse trifft, welche eine solche Ausbildung anstreben». «Wir gehen auf ein Schulwesen zu, das noch elitärer und noch ungleicher ist, ein Schulwesen, das genau das nicht ist, wofür wir kämpfen!»

Du kannst die Kampagne der KJ Neuchâtel unterstützen, indem du Petition online unterschreibst:

www.pst.ch/neuchatel/2013/Petition-Touche-pas-a-mon-ecole

Oder mit einem Like auf Facebook:

www.facebook.com/netouchepasamonecole



An der Baudemo vom 27. Juni wurde Zürich von einem roten Meer aus Demonstrant*innen überrollt. Foto: Kommunistische Jugend Schweiz.

Spiel auf Zeit

Die Bauherren der Schweiz wollen die Rente mit 60 kippen. Dafür müssen sie lediglich warten. Um das zu verhindern, bereiten sich die Gewerkschaften auf Streiks vor.

Auf hunderte und hunderte Meter reicht die Menschenkette, die sich durch Zürichs Bahnhofstrasse zieht. Hier, wo die Preise vieler Läden für die Beschäftigten der Stadt kaum erschwinglich sind, marschieren nun tausende Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Kaum ein Mann oder eine Frau ohne Fahne, die meisten von ihnen im roten Hemd der Gewerkschaft. Die Zahl «60» ist überall zu lesen. Auf den Plakaten, auf den Hemdrücken und bei manchen auch auf der Backe. Es ist ein scheusslicher Regen, der am Samstagmittag die Demonstrant*innen aufweicht. Doch von hinten treibt die Musik weiter an, von Lautsprecherwagen ist zu hören: «Die Unternehmer

haben uns noch nie etwas geschenkt. Jetzt greifen sie die Rente an. Bereiten wir uns auf den Kampf vor.»

«Brutaler Druck»

15'000 Bauarbeiter*innen folgten am 27. Juni dem Demonstrationsaufruf der Unia sowie der christlichen Gewerkschaft Syna. «Bauarbeiter setzen ein klares Zeichen», erklärte die Unia nach erfolgtem Protestmarsch. Nun sei es an den Patrons, in Gespräche mit den Gewerkschaften einzusteigen – über bessere Arbeitsbedingungen auf dem Bau. Doch gefruchtet hat der Arbeiter*innenaufmarsch

nicht. Auf eine Anfrage hin bestätigte der Leiter der Unia-Kommunikationsabteilung Pepo Hofstetter, dass der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) weiterhin nicht zu Verhandlungen mit der grössten Gewerkschaft der Schweiz bereit ist.

Hintergrund der Gewerkschaftsaktivitäten ist das Ringen um die Verlängerung des sogenannten Landesmantelvertrags (LMV), der die Arbeitsbedingungen von etwa 80'000 Bauarbeiter*innen regelt. Das Vertragswerk läuft Ende des Jahres aus, müsste also erneuert werden. Während der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) bislang lediglich eine Verlängerung des bestehenden LMV um ein Jahr anbietet, wollen die Arbeiter*innenverbände wesentliche Verbesserungen in ihm erreichen.

«Auf dem Bau herrscht ein brutaler Druck. Da brauchen wir für die Kollegen mehr Schutz», sagte Nico Lutz, Unia-Verhandlungsleiter für die Baubranche, am 27. Juni. Auch bei schlechtem Wetter mussten die Beschäftigten auf den Konstruktionsstellen tätig werden und hätten dabei oft mit rutschigen Flächen oder vereisten Böden zu kämpfen. Jede*r fünfte Beschäftigte erleide jährlich einen Unfall. 70 Kolleg*innen seien in den vergangenen fünf Jahren gar gestorben. Nötig seien zudem griffigere Regeln gegen Lohndumping in der Branche.

Flexibler Altersrücktritt

Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und SBV steht jedoch der «Flexible Altersrücktritt», der Bauarbeiter*innen den Eintritt in die Rente bereits mit 60 Jahren ermöglicht. Doch die Frühpensionierung sei in Gefahr, warnt die Unia. Da in den kommenden Jahren deutlich mehr Beschäftigte als bislang in den Ruhestand treten würden, müssten für die Rente mit 60 auch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Geregelt ist der Flexible Altersrücktritt (FAR) über eine Stiftung, in die sowohl Unternehmer*innen wie auch Arbeiter*innen einzahlen. Eine zeitweilige Erhöhung der Beiträge um insgesamt 1.5 Prozent würde laut den Gewerkschaften bereits genügen, um den zeitigen Ruhestand nachhaltig zu sichern. Doch dem verweigert sich der Baumeisterverband.

Das sei ein Spiel auf Zeit, sagte Unia-Gewerkschafter Lutz. Und er ist sich sicher: «Das Verhalten der Baumeister könnte zu einer Erhöhung des Rentenalters auf dem Bau führen.» Ohne höhere Beiträge käme die in Zürich ansässige Stiftung FAR in finanzielle Bedrängnis. Und dann würde sich die Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich einschalten. Die Institution darf an der Höhe der Beiträge nichts än-

dern. Doch sie könnte bestimmen, die Leistungen der Frühpensionierung zu kürzen – indem das Rentenalter hochgesetzt wird, etwa auf 62 Jahre.

Dem SBV dürfte das gerade recht sein. Zwar bekennt sich der Verband mittlerweile in öffentlichen Mitteilungen zur Frühpensionierung. Tatsächlich musste die Rente mit 60 jedoch gegen den entschiedenen Widerstand der Bauherren erkämpft werden. Das geschah 2002 durch die Gewerkschaft Bau und Industrie, eine der Vorläuferorganisationen der Unia. Sie hatte einen Ausstand auf dem Bau organisiert, an dem sich 15'000 Arbeiter*innen beteiligt hatten. Doch es war nicht bei der Arbeitsniederlegung geblieben: Die Beschäftigten hatten den Bregg-Tunnel blockiert. Nachdem der Verkehr zum Erliegen gekommen war, hatten die Bauherren nach nur einem Tag nachgeben müssen. Seitdem zahlen sie vier Beitragsprozente für die Frühpensionierung, die Arbeiter*innen jedoch nur ein einziges.

Es soll anders laufen

Von Seiten der Unia heisst es nun, dass es ohne eine Lösung für die Frühpensionierung auch keine Verlängerung des LMV geben werde. Verhinderten die Patrons weiter Verhandlungen, dann werde man diese mit Ausständen erzwingen. Und auch die christliche Gewerkschaft Syna betont ihre Streikbereitschaft, sollten die Bauchef*innen das Rentenalter 60 weiterhin gefährden.

Ähnlich hatte es allerdings schon bei der letzten Verlängerung des Landesmantelvertrags im Jahr 2012 getönt. Auch damals war es um Verbesserungen beim Schlechtwetterschutz gegangen; die Gewerkschaften hatten mit dem Ausstand gedroht. Zum Streik war es dann aber nicht gekommen. Unia und Syna hatten kurz vor Beginn der Arbeitsniederlegung einen durchwachsenen Vertrag unterschrieben, der gerade für junge Arbeiter*innen Verschlechterungen vorsah.

Dieses Mal laufe es anders, kann man hingegen aus dem Apparat der Unia hören. 2012 sei man zwar im Tessin und in der Romandie für einen Arbeitskampf bereit gewesen, in der Deutschschweiz sei die Mobilisierung der Bauarbeiter*innen jedoch ungenügend gewesen. Mittlerweile habe man da grössere Fortschritte gemacht. Und mit Blick auf diesen Konflikt erklärte Unia-Präsidentin Vania Alleva kürzlich im Gespräch mit der deutschen Tageszeitung junge Welt: «Uns steht ein spannungsreicher Herbst bevor.»

Yoyo, Berlin



Mit Blumen und Kerzen wird am Unfallort einem verunglückten Bauarbeiter gedacht. Am 3. Juli ist ein junger Bauarbeiter auf einer Baustelle im Kreis 6 in Zürich bei einem Unfall gestorben. Der 23-jährige Portugiese wurde von einem Bagger erfasst und trotz Helm so schwer am Kopf verletzt, dass er noch an der Unfallstelle verstarb. Foto: Kommunistische Jugend Schweiz. 25.07.2015.



Solid-Demo in Bern. Foto: Antira.org, 13.06.2015.

Eine Organisation wird kriminalisiert

Obwohl Mehmet Yesilçali 2010 von der Schweizer Regierung als Flüchtling für sein politisches Engagement in der Türkei anerkannt worden ist, droht im heute für den gleichen Grund die Ausschaffung nach Deutschland.

Am 15. April 2015 haben die deutschen Behörden die Verhaftung von zwölf Mitgliedern der Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa (ATIK) beantragt, die sich in Deutschland und anderen europäischen Ländern aufhielten. Gerechtfertigt wurde diese Aktion, indem die Anschuldigungen der türkischen Justiz übernommen wurden: Die ATIK ist nichts anderes als eine Frontorganisation der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML). Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur ATIK werden diese zwölf Männer beschuldigt, Terroristen zu sein.

Unter den Verhafteten befindet sich Mehmet Yesilçali, der seit 2007 in der Schweiz lebt und in unserem Land seit 2010 als politischer Flüchtling anerkannt ist. Seit seiner Verhaftung am 15. April befindet er sich im Zentralgefängnis in Freiburg. Ihm droht die Ausschaffung nach Deutschland. Falls die Ausschaffung durchgeführt werden sollte, würde Mehmet Yesilçali seinen Schutz durch die Schweiz verlieren, und es besteht die Möglichkeit, dass er schliesslich zurück in die Türkei geschickt wird. Dort sass er acht Jahre im Gefängnis und wurde für seine politischen Aktivitäten für eine kommunistische Organisation gefoltert.

Mehrere Gründe drängen uns dazu, uns der Ausschaffung von Mehmet Yesilçali zu widersetzen. Erstens hat er zu Recht in der Schweiz Asyl erhalten aufgrund seines oppositionellen Engagements in der Türkei. Und nun behauptet Deutschland, dass ihn dasselbe Engagement zu einem Terroristen macht. Absurd! Eine Ausschaffung nach Deutschland verletzt klar sein Recht auf Schutz, das ihm von der Schweiz gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention zugesprochen wurde.

Gleichgesetzt mit Terrororganisationen

Zweitens verletzt seine Verhaftung das Prinzip der Unschuldsvermutung: Mehmet Yesilçali wird wie ein Verbrecher behandelt, von seiner Familie getrennt, von den Medien als Terroristen gebrandmarkt, obwohl seine Organisation weder auf einer Liste von terroristischen Vereinigungen auftaucht, noch als kriminelle Organisation betrachtet wird oder von der EU verboten ist. Indem das Spiel der Deutschen mitgemacht wird, die ihrerseits der Türkei folgen, beteiligt sich die Schweiz an der Kriminalisierung der ATIK und der Gleichsetzung dieser fortschrittlichen Organisation, die sich für Arbeiter*innen und Migrant*innen einsetzt, mit terroristischen Gruppierungen. Dies ist Teil einer allgemeinen Tendenz, fortschrittliche Organisationen mit terroristischen und kriminellen auf eine Stufe zu stellen. So gesehen sind es mehr als die Rechte von Mehmet Yesilçali, die in dieser Geschichte verletzt werden: Das Recht auf Organisierung und Vereinigung solcher, die sich der bestehenden Ordnung widersetzen, wird gleichermaßen in Frage gestellt. Dies sollte uns alle beunruhigen.

Wie die Partei der Arbeit der Schweiz in einer Pressemitteilung geschrieben hat: «Falls Mehmet Yesilçali eine Tat begangen hat, die nach Schweizer Recht eine Straftat darstellt (was nicht der Fall zu sein scheint), muss er in der Schweiz vor Gericht kommen. Er darf nicht ausgeschafft werden, da das Risiko besteht, in die Türkei geschickt zu werden, wo er gefoltert wurde und wo im kein fairer Prozess garantiert werden kann.

Amanda, Neuchâtel



«Bezahl deine Praktikant*innen!» - Soli-Demo in Genf. Foto: Ronke, 01.05.2015.

Schlechtbezahlte Praktika

Bei der UNO in Genf wehren sich die Praktikant*innen gegen ihre miese Bezahlung. Auch an anderen Orten regt sich Widerstand.

In Genf prangern seit Anfang Frühling Organisationen von Praktikant*innen, Student*innen und jungen Berufstätigen schlechtbezahlte Praktika an. Zusammen haben sie zur Teilnahme am Ersten Mai aufgerufen und am 18. Juli eine Kundgebung vor der UNO zum «Tag der Praktikant*innen» organisiert.

Ein Teil der Kämpfenden sind Praktikant*innen bei der UNO. «Die Mehrheit der Praktika hier werden unterbezahlt», sagt ein Teilnehmer. «Letztlich können sich nur Junge aus wohlhabenden Familien ein Praktikum leisten und hoffen, bei der UNO weiterzumachen.» Wir müssen uns die Frage stellen, weshalb sich die UNO weigert, ihre Praktikant*innen zu bezahlen. Es ist klar, dass die UNO schon immer den Bedürfnissen des US-amerikanischen und europäischen Grosskapitals entgegengekommen ist. Indem die Praktikant*innen schlecht bezahlt werden, selektioniert die UNO den Nachwuchs aus begüterten Familien aus allen Ländern und stellt so sicher, dass seine Horde von internationalen Funktionär*innen einer bürgerlichen Ideologie verpflichtet ist.

Der Kampf der Praktikant*innen in Genf ist jedoch nicht nur auf die internationalen Organisationen beschränkt. Zahlreiche andere Jugendliche wehren sich ebenfalls gegen die schlechtbezahlten Praktika. «Jeder fünfte Student lebt in Armut, und die schlechte Bezahlung von Praktika verstärkt diese Armut», erklärt ein Student an der Uni Genf. «Was für eine Zukunft kann man sich erhoffen, wenn man mehr als vierzig Stunden die Woche arbeitet, ohne zu einem anständigen Lohn zu gelangen?» Tatsächlich bangen viele Junge um ihre Zukunft und die

gegenwärtige Entwicklung bei Praktika trägt zur Armut und Massenarbeitslosigkeit bei, die die neue Generation erfasst hat.

Spaltung der Arbeiter*innen

In der Schweiz und in Europa wird immer mehr auf Praktika gesetzt. Seit 2004 gibt es 13'000 prekäre Praktika mehr. Die Krise des Kapitalismus von 2008 hat zu dieser Zunahme beigetragen. Viele Unternehmen wollen ihren Profit erhöhen, indem sie ihre Vollzeitbeschäftigten mit Praktikant*innen mit tiefen Löhnen ersetzen. So kann die Kapitalistenklasse Druck auf die Löhne der Arbeiter*innen machen und die Arbeiterschaft in Praktikant*innen und Angestellte spalten. Wir müssen uns dieser Spaltung entgegensetzen, Praktika anprangern, die Festangestellte verdrängen, und bessere Löhne fordern!

Neben der Verschärfung der Armut von jungen Arbeiter*innen dienen Praktika auch zur Verminderung der Rechte der Arbeiter*innen. Ein Unternehmen kann Praktikant*innen, die es nicht toleriert, sehr einfach entlassen. So sind die Praktikant*innen der Gnade der Chef*innen ausgesetzt. Es ist klar, dass Praktika schon immer diese Aufgabe der Disziplinierung erfüllt haben. Die Chef*in prüft und oftmals formt damit ihre zukünftigen Arbeiter*innen: Durch zwangsweise Einführung in Unsicherheit und Flexibilität. Das Praktikum ist zum Verfahren geworden, die Massen von den Produktionsverhältnissen zu entfremden, sie zu unterwerfen und zu beherrschen.

Quentin, Genf

Die Türkei treibt Krieg

An mehreren Fronten wurde das Feuer eröffnet: In Syrien kämpft das AKP-Regime gegen die Rojava-Revolution, gegen den syrischen Staat und ein bisschen gegen den IS. Im Nordirak bombardiert es Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Und in der Türkei verfolgt es linke und kurdische Aktivist*innen.

Vor etwas mehr als einem Monat wurden bei einem Anschlag des Islamischen Staats (IS) in der südtürkischen Grenzstadt Suruç nahe Syrien über 30 junge Menschen getötet. Mehrere hundert AktivistInnen der Föderation Sozialistischer Jugendvereine bereiteten sich in Suruç vor, als Solidaritätsbrigaden beim Wiederaufbau der vom IS zerstörten Stadt Kobanê mitzuhelfen.

In beispiellosem Zynismus nutzte die AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan das Massaker aus, um einen Krieg gegen innere wie äussere Feinde des Regimes zu starten. Es seien «Spannungen im Nachbarland» für den Anschlag verantwortlich, die den «inneren Frieden» der Türkei gefährden würden, liess Ministerpräsident Ahmed Davutoğlu verlauten.

AKP unterstützt IS

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien im Frühling 2011 hat die AKP-Regierung durch ihre Unterstützung von islamistischen RebellInnen zur Eskalation, zu diesen «Spannungen» einen mächtigen Beitrag geleistet. In den letzten Jahren wurden erwiesenermassen Tausende KämpferInnen und Hunderte Waffentransporte durch den türkischen Militärgeheimdienst (MIT) ins Grenzgebiet in den südlichen Nachbarstaat geschleust.

Im Januar 2014 flog ein solcher vom MIT begleiteter Waffentransport auf, als er von der türkischen Polizei selber entdeckt und gestoppt wurde. Transportiert wurden mehr als 50 Raketen und 40 Kisten Munition.

Die AKP-Regierung liess die islamistischen KämpferInnen das Grenzgebiet zu Syrien als Rückzugsort und zur Behandlung der Verwundeten nutzen.

Nahostexpertin Karin Leukefeld erklärt, die Unterstützung der islamistischen Kampfverbände hätte zum Zweck, «sowohl die syrische Regierung zu stürzen als auch gegen die zunehmend selbstbewusst auftretenden nordsyrischen Kurden vorzugehen».

Die fortschrittlichen Kräfte in Rojava stellen für den türkischen Imperialismus nämlich ein zweifaches

Problem dar. Einerseits tritt die führende kurdische Partei in den autonomen Gebieten, die PYD, für eine gewaltfreie, politische Lösung ohne ausländische Einmischung zwischen Opposition und Regierung in Syrien ein, was für die Türkei, den Westen und die Golfstaaten keine Option ist. Noch im Juli haben die USA und die Türkei wieder eine Gruppe neu ausgebildeter KämpferInnen in den Krieg gegen den IS nach Syrien geschickt.

Andererseits erhielten die KurdInnen in Rojava, aber auch die PKK, für ihren konsequenten Kampf gegen den IS zunehmend internationale Anerkennung, während die Unterstützung des IS die Türkei in eine aussenpolitische Isolation führte. Die Türkei fürchtete daher die Möglichkeit eines kurdischen Staates.

Intervention in Syrien

Am 24. Juli startete die türkische Regierung ihre Intervention in Syrien. Kampfflugzeuge griffen mehrere Ziele des IS an und zerstörten Stützpunkte. Der türkische Ministerpräsident Davutoğlu erklärte, diese Einsätze seien «kein Einzelfall» und würden fortgeführt. Ein paar Tage später eröffnete Davutoğlu die wirklichen Hintergründe der Einsätze: man sei nun zwar auch gegen den IS angetreten, aber die «Wurzel» des Problems sei die Regierung Baschar al-Assads in Damaskus.

In einem Telefongespräch einigten sich US-Präsident Barack Obama und Erdoğan, dass die US-geführte Anti-IS-Allianz ab August den Luftwaffenstützpunkt Incirlik auf türkischem Boden nutzen kann. Bislang musste das Kriegsbündnis für seine Luftangriffe auf Stützpunkte in den Golfstaaten zurückgreifen.

Im Gegenzug dazu darf Erdoğan eine Pufferzone und möglicherweise noch eine Flugverbotszone im Norden Syriens einrichten. Die Pufferzone soll als Rückzugsraum für die von der Türkei gehätschelten IslamistInnen der «Ahrar al-Scham» dienen. Seit Längerem wird von Ankara versucht, die Gruppe dem Westen als «moderate Rebellen» für einen Regime-Change in Syrien zu verkaufen. In Wirklichkeit ist diese Gruppe mit al-Qaida verbündet und hat wie

der IS einen islamistischen «Gottesstaat» zum Ziel. Als ersten Schritt zur Errichtung der Pufferzone wurden am 10. August Söldnertruppen in die Stadt Azaz im Norden Syriens geschickt.

Einen Tag nach der Intervention in Syrien weitete die Türkei ihren Krieg aus auf eine weitere Front und begann mit der Bombardierung von Stützpunkten der PKK im Nordirak.

Auch im Norden Syriens, wo sich die türkischen Angriffe offiziell nur gegen den IS richten, meldete die YPG einen mehrfachen Beschuss ihrer Stellungen durch türkische Panzer.

Angesichts dessen löste die PKK ihren Waffenstillstand mit der Türkei auf, der vor zweieinhalb Jahren in Kraft trat. Danach kam es in verschiedenen kurdischen Provinzen zu Vergeltungsanschlägen der PKK gegen Einrichtungen und VertreterInnen des türkischen Staats.

Repression gegen Linke

Zeitgleich zur Intervention in Syrien und zu den Angriffen gegen die PKK im Nordirak startete die AKP-Regierung eine Offensive gegen Linke und kurdische AktivistInnen im eigenen Land, und im geringeren Masse gegen IS-SympathisantInnen. Während einer der ersten Razzien, die grossangelegt in mehreren türkischen Städten durchgeführt wurden, kam eine Aktivistin der marxistisch-leninistischen DHKP-C ums Leben. Mittlerweile sind bei

Razzien weitere Menschen getötet worden; in der Stadt Cizre wurde ein 19-jähriger Jugendlicher von der Polizei regelrecht exekutiert.

Bei der Mehrheit der inzwischen weit über 1000 Festgenommenen handelt es sich um Mitglieder der im Parlament vertretenen linken prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP), der PKK-Jugendbewegung sowie sozialistischer Gruppierungen wie der DHKP-C.

Nach dem die HDP bei den vergangenen Wahlen die Zehn-Prozent-Hürde überschreiten konnte und damit Erdoğan's AKP die absolute Mehrheit vermasselte, könnte eine Schwächung der Partei oder gar ein Verbot die Mehrheitsverhältnisse für Erdoğan wieder herstellen. Bereits wurde die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten der HDP beantragt, um diese aufgrund angeblicher Verbindungen zu «terroristischen Organisationen zur Rechenschaft zu ziehen».

Ein linker Aktivist erklärte gegenüber einem Istanbul Journalisten, dass es nur eine Antwort der türkischen und kurdischen Linken geben könnte: «Wir müssen zum aktiven, auch bewaffneten Kampf übergehen. Sonst werden alle reaktionären Organisationen wie der IS oder auch der faschistische türkische Staat sich durch ihren Terror bestätigt fühlen und immer aggressiver und skrupelloser werden.»

Taki, Zürich



Kurdische Kämpferinnen der YPG im Kampf gegen den terroristischen IS in Nordsyrien. Foto: free kurdistan. 28.02.2015. Til Hemis.

Zum Sparen gezwungen

Auch Syriza hat die Arbeitenden und die Bevölkerung verraten, die sie gewählt haben. Sie folgt den Vorgaben der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF). Sie haben das allerletzte Angebot von IWF, EU, EZB und den Geldgeber*innen (bestehend aus Banken und Grossunternehmen) angenommen. Die Griechische Regierung hat das Sparprogramm angenommen, um im Euro und der EU zu bleiben. Doch zu welchem Preis hat sie das getan?

Von der griechischen Bevölkerung wurde Syriza als eine Alternative zur bisherigen Spar- und Kürzungspolitik gewählt. In der Ablehnung beim Referendum über das Sparprogramm wurde die Partei nochmals bestätigt. Kurz darauf folgte der Verrat an der Bevölkerung. Sie sind nun das, was früher die sozialde-

mokratische Partei Pasok war. Die Pasok fungierte als die linke Verwalterin des kapitalistischen Systems in Griechenland und wechselte sich zuvor mit der rechten Nea Democrazia alle paar Jahre die Regierung ab. Das bestätigte sich auch durch das Überlaufen zahlreicher Pasok-Funktionär*innen zur



Syriza.

Tsipras scheiterte zuvor mit dem Versuch in der Euro-Währungsunion zu bleiben und gleichzeitig mit den Geldgeber*innen einen linken Weg auszuhandeln. Er wollte das nötige Geld durch die Besteuerung reicher Unternehmer*innen und Reeder*innen, die komplett von Steuern befreit sind, und mit der Verfolgung von Steuerflüchtigen finanzieren. Doch das wurde von den Geldgeber*innen abgelehnt und diese haben neue Vorgaben erstellt, die erfüllt werden müssen, damit Griechenland den Kredit bekommt.

Kein Wirtschaftswachstum gebracht

Die Geldgeber*innen und Regierungen, welche vor Tsipras an der Macht waren, sahen in der Krise die Chance gekommen, alles Produktive in Staatsbesitz zu verschern. Dann können es sich Grossinves-

tor*innen unter den Nagel reissen. Alles Mögliche sollte verkauft werden: So kam es, dass ganze Inseln, Strände oder etwa der Staatliche Glücksspielfonds zum Verkauf stand. Der Glücksspielfonds als Beispiel hatte dem Staat zuvor noch jährlich einen Haufen Geld in die Kassen gespült. Der ist jetzt weg. Und die Bevölkerung darf für die Steuerausfälle solch «sinnvoller» Verkäufe nochmals zusätzlich sparen.

Die Politik der Geldgeber*innen zielt vor allem darauf ab, die arbeitenden Menschen und die soziale Unterschicht zahlen zu lassen. Folgen sind die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Einsparungen im Sozialwesen, bei den Renten, der Gesundheit (Ärzt*innen und Pfleger*innen werden entlassen), drei Millionen Menschen leben ohne Krankenversicherung, die Löhne wurden gesenkt,



Eine KKE-Demonstration auf dem Syntagma-Platz gegen die Syriza-Regierung.
Foto: www.e-typos.com. Athen, 02.07.2015.

Leute entlassen.

Der von der Linken vorhergesagte Effekt trat ein – diese Verschlechterungen haben kein Wirtschaftswachstum gebracht. Die Wirtschaft brach sogar nochmals ein. Die Löhne sind das Geld, von dem die meisten Menschen leben müssen und mit dem sie einkaufen. Wer sie senkt, dem muss klar sein, dass auch die Einnahmen in den Läden und damit die Profite der Unternehmen sinken werden.

Und trotzdem machten die Geldgeber*innen damit weiter. Sie behaupteten, es sei noch nicht genug gespart worden. Sie sind blind auf dem linken Auge und wollen ihr Scheitern nicht anerkennen.

Das ist Erpressung

So kam jetzt das umfassende Sparprogramm, das die Geldgeber*innen schon so lange von der Tsipras-Regierung gefordert hatte. Und das, obwohl Tsipras im Referendum ein Nein gegen den Sparvorschlag erreicht hat und zu ihrer Besänftigung seinen Finanzminister Varoufakis entliess. Dieser verhandelte vor dem Referendum für die griechische Regierung mit den Geldgeber*innen und hatte sich dabei als unnachgiebiger Verhandlungspartner bei ihnen unbeliebt gemacht. Tsipras' Zugeständnisse brachten nichts. Auch nicht die Tatsache, dass die ganze Welt sehen konnte, dass die griechische Bevölkerung das Sparprogramm und die Verarmungspolitik ablehnt. Davon hatte sich Tsipras eine Stärkung seiner Verhandlungsposition erhofft. Es kam anders. Er knickte ein, als die Geldgeber*innen ihm dann das Ultimatum stellten und mit Rauswurf aus dem Euroraum und der EU drohten.

Bedingung für einen Erfolg wäre für Tsipras gewesen, sich von seiner Einbildung einer solidarischen EU zu verabschieden. Man hätte mit den Geldgeber*innen, der EU und dem Euro brechen und anerkennen müssen, dass es keine gemeinsamen Wege geben kann, solange man sich für die Arbeitenden in seinem Land einsetzt. Das aber wollte Tsipras nicht anerkennen, lieber lässt er seine Bevölkerung als den Euro fallen.

Er entschied sich dazu, der griechischen Bevölkerung ein Sparprogramm aufzuzwingen. Er konnte nicht loslassen von seinem realitätsfernen Traum. Die Kredite waren und sind immer ein Werkzeug zum Sparen auf dem Rücken der Arbeitenden. Denn die kreditabhängigen Länder müssen sie bekommen, um dem Staatsbankrott, der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen. Das sind keine Bedingungen für Verhandlungen, sondern diejenigen einer Erpressung.

Wohin fliesst das Geld?

Man könnte doch annehmen, dass sie jetzt zumindest mit dem Geld etwas für die Bevölkerung tun können. Deshalb stellt sich die Frage, wohin fliesst all das Geld?

Das Geld, das von den Steuerzahler*innen in der EU für die «Hilfsprogramme», wie die Sparprogramme auch genannt werden, bereitgestellt wird, kommt nie bei den Griech*innen an. Etwa 80 bis 95 Prozent fliesst direkt wieder an deutsche und französische Banken, bei denen Griechenland die Zinsen damit abzahlen muss.

Griechenland befindet sich in einer Schuldenspirale. Die jahrzehntelang angehäuften Schulden haben die Höhe des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Die Zinskosten dieser riesigen Schulden erdrücken das Land und bedienen nur die Banken und Grossinvestor*innen, welche das Land und die Bevölkerung ausplündern.

Selbst der griechische Infrastrukturminister Christos Spirtzis verglich das Vorgehen gegenüber Griechenlands mit dem gegenüber einer Kolonie. Zum Beispiel werden 14 gewinnbringende Flughäfen verkauft und die restlichen 30 Flughäfen, die keinen Gewinn machen und subventioniert werden müssen, bleiben beim griechischen Staat.

Dies ist nur ein Beispiel, an dem man sieht, wem die Forderungen für das «Hilfspaket» nützen. Sicher nicht dem griechischen Staat, der zu wenig Einnahmen hat. Schon eher den Grosskonzernen und Banken, die sich nun diese Flughäfen zu Spottpreisen kaufen.

Doch Tsipras wollte der Bevölkerung das Hilfspaket als Erfolg verkaufen und war stolz auf das Erreichte. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands brachte es auf den Punkt:

«Worauf sind Sie denn stolz?

Etwa auf die neue Senkung des Einkommens der Lohnabhängigen, der Selbständigen und der Rentner? Auf die Einfrierung, praktisch auf die Kürzung der Renten? Auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters? Auf die ungerechten indirekten Steuern? Auf die Mehrwertsteuer-Erhöhung bei Lebensmitteln, die alle Einkommensschichten gleichermaßen treffen? Auf die Vernichtung der Arbeiterrechte? Auf die Abschaffung des Sonntagsarbeitsverbots? Auf die Zerschlagung der Bauernschaft? Auf die folgenschweren Privatisierungen? Auf die Erhöhung der Besteuerung der Selbständigen, der Gewerbetreibenden und Händler?»

Harald, Zürich



Lernen macht den wenigsten Schüler*innen Spaß. Foto: MC Quim. 27.02.2006. Nova High School in Florida (USA).

Lernen. Auskotzen. Lernen.

Wer kennt das nicht? Man geht frühmorgens in die Schule und hat schon, bevor die Schule überhaupt begonnen hat, Angst davor einen Test oder einen Vortrag versauen zu können. Viele Schüler und Schülerinnen leiden unter diesem Leistungsdruck. Es ist das Prinzip der Leistung im Kapitalismus, das uns den Weg in die Schule zur Qual werden lässt.

Das Prinzip der Leistung macht auch bei den Jüngeren in der Schule nicht halt. Wir bekommen schon in der Primarschule Noten für unsere Leistungen in unseren Fächern. Wir Schüler und Schülerinnen werden nach Zahlen klassifiziert und das, solange bis wir denken, wir könnten nicht anders beurteilt werden als in Zahlen. Diese Zahlen haben weder Aussagekraft über Fähigkeiten, noch helfen sie dir, deine Schwächen zu korrigieren. So ist man, wenn man einen «Dreier» hat, sofort automatisch schlecht

oder unbegabt in diesem Fach. Das System der «Leistungs»beurteilung in einem Fach variiert von Lehrpersonal zu Lehrpersonal, so kann es selbst beim selben Fach gravierende Schwankungen geben bei unterschiedlichen Lehrer*innen.

Einer Zahl hinterherjagen

Du musst dem psychischen Stress standhalten und beim Vortrag oder beim Test funktionieren, du musst einer Zahl hinterherjagen, die eigentlich keine Be-

deutung hat, dir aber von den Handlangern dieses Systems eingeredet wird, dass sie entscheidet, ob du dumm oder klug bist. Man wird von Anfang an vor jeder Prüfung unter Druck gestellt, indem dir gesagt wird, es ginge um deine Zukunft. Es wird anhand von Leistungsbeurteilungen in der Primarschule entschieden, ob du in ein Gymnasium gehörst, sprich eine gute Ausbildungsmöglichkeit bekommst, oder ob du in die Sek B oder C gehen musst, wo schon ziemlich sicher dein Leben als Mitglied der unteren sozialen Schicht vorgekennzeichnet ist. Es ist per-vers, zwölfjährigen Kindern so einen Druck aufzu-halsen.

Schüler*innen, die nicht wie gewollt funktionieren und schlechte Noten oder Depressionen durch so rigorese Beurteilungsschemen oder Drucksituationen bekommen, werden links liegengelassen, da sie für die spätere Leistungsgesellschaft in Arbeit und Privatleben unnütz sind. Ebenso sind diese Leistungsbeurteilungen nicht fördernd für die Klassengemeinschaft, da dadurch auch ein gewisser Wettkampf entsteht, wer der/die Beste in der Klasse ist. Oder dass schlechte Schüler und Schülerinnen ausgelacht werden oder diskriminiert werden in Form von Mobbing. Manchmal kommt es sogar zu tätlichen Übergriffen innerhalb der Schüler*innengemeinschaft. Bei den sogenannten Expert*innen wird dann immer nach mehr Schulpsycholog*innen gerufen, dabei verschweigt jede*r Expert*in, dass solche Probleme nicht von den Schüler*innen selbst kommen, sondern von dem Denken in Gut und Schlecht zu unterteilen, das durch die Noten in der Schule gefördert wird. So kommt es durch «Schubladen-denken» zu Auseinandersetzungen in der Klasse. An der einen Front stehen die «Streber*innen», an der anderen die «Klassenclowns» oder «Loser».

Viele Schüler*innen leiden unter diesem Druck, funktionieren zu müssen. Statistiken besagen, dass mittlerweile schon jede/r dritte Schüler*in unter psychosomatischen Begleiterscheinungen durch Stress – wie Rückenschmerzen, Migräne oder im schlimmsten Fall sogar Depressionen – leiden. Der Grund dafür sind aber nicht nur der Notenstress, sondern das Leistungsprinzip des Kapitalismus, das unsere ganze Gesellschaft erkranken lässt. Davor sind Bildungsstätten wie die Schule nicht gefeit. Eigentlich sollte Schule ein Ort der Bildung sein, wo jede individuelle Fähigkeit bestmöglich gefördert und auch gefordert werden kann, aber so wie es jetzt ist, wird jedwede Individualität missachtet, so dass jede Person eine Note ist und sich dem Prinzip unterordnen muss.

Leistung abliefern. Mund halten

Das Prinzip funktioniert so, dass man möglichst bald auf das «Leben» nach der Schule vorbereitet werden soll, sprich ein mundtoter Mensch sein, der sich nie beschwert, sondern immer brav seine Leistung abliefern. Man soll sich diesem Leistungsprinzip des Kapitalismus schon in der Schule unterwerfen und nicht infrage stellen, damit man später in der Arbeit auch möglichst produktiv und effizient arbeitet und sich nicht die Frage stellt, ob es denn ein besseres Prinzip oder System gäbe. In unserer Gesellschaft muss der Mensch funktionieren als Rädchen des kapitalistischen Uhrwerks und wenn ein Rädchen nicht mehr funktioniert, braucht die Wirtschaft keine Angst zu haben, denn es werden neue Rädchen in der Schule ausgebildet, die die Uhr wieder zum Laufen bringen werden. Doch was sind die Alternativen dazu?

Die erste Veränderung müsste sein, dass Noten in der ganzen Primarschule abgeschafft gehören. Kinder in diesem Alter sollten gefördert werden, indem man ihnen ein sehr detailliertes mündliches und schriftliches Feedback gibt anstelle von Noten. Denn ein Kind mit der Hilfe von den Eltern kann sicher an seinen Schwächen besser arbeiten, wenn es auch weiss, wo seine Schwächen liegen und nicht nur mit einer Note beurteilt wird.

Ferner muss die Zweigleisigkeit unseres Schulsystems abgeschafft werden, denn die Sekundarschule ist meistens nur der Schmelztiegel jener Kinder, die man im Gymnasium nicht haben will. Es muss eine Gesamtschule für alle geben. Darin sollte es zwar Noten geben, aber ebenso ein mündliches sowie ein schriftliches Feedback. Doch ein solches Notensystem soll anders funktionieren: Es gibt Fächer, die man sich selber zusammenstellen kann. Gewisse Hauptfächer sind Pflicht, den Rest kann man selber wählen. Man kann sich also seinen Fächerplan selber zusammenstellen, wobei man ein gewisses Stundenkontingent erreichen muss. Wenn man ein Fach negativ am Ende des Jahres absolviert hat, muss man nicht wiederholen, wie im jetzigen System, sondern absolviert im darauf folgenden Schuljahr einen Hilfskurs, der über ein Semester läuft und helfen soll, Schwächen aus dem letzten Jahr aufzuholen. Ganz nach dem Zitat von Marx: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!»

Kommunistische Jugend Schweiz

Chancengleichheit - ein modernes Märchen

Es war einmal... – so oder so ähnlich würde es lauten, wolle man von Chancengleichheit in der Schweiz und Deutschland reden. Oft wird gepredigt, dass Bildung keine Frage mehr des Geldbeutels sei. Allerdings gilt es weiterhin, dass Arbeiterkinder, wie auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, es erheblich schwerer haben, schulisch aufzusteigen, geschweige denn ein Gymnasium zu besuchen.

Eine Frage des Geldbeutels

Seit jeher war die Frage des Abschlusses eine Frage des Geldbeutels. Akademikerkinder besuchen prozentual häufiger Hochschulen und machen dort auch ihren Abschluss. Arbeiterkinder werden hauptsächlich, dem Leistungsdruck nicht gewachsen, selektiert und landen dann in der Real- oder gar der Oberschule. Dort können sie sich dann auf ihre perspektivlose Zukunft einstellen. Es entsteht Neid, Druck und Konkurrenz. Statt sich zu organisieren und für ein besseres, ein gerechteres Schulsystem einzutreten, entsteht elitäres Verhalten und Konkurrenz unter diesen Schüler*innen.

Für ein gerechteres Schulsystem!

Selbst in Gymnasien nehmen Kinder aus Arbeiterfa-

milien eine gesonderte Stellung ein, bleiben ihnen doch Vorzüge verwehrt, da es der einfache Lohn der Eltern nicht hergibt. Sind diese Kinder etwa weniger intelligent oder fauler? Keineswegs. Kinder aus Akademikerfamilien, aus bürgerlichen Familien haben Zugang zu individuellen Lernhilfen, beispielsweise Nachhilfe, Privatunterricht, gesondertes Lernmaterial (welches weit über das staatlich zur Verfügung gestellte Lernmaterial hinaus geht). Ärmere Familien können sich diese Zusatzleistungen für ihr Kind nur begrenzt leisten oder gar nicht. Es ist also keineswegs so, dass Arbeiterkinder potenziell dümmer oder auch fauler seien als Kinder aus bürgerlichen Verhältnissen. Vielmehr haben sie nicht die Möglichkeiten, ihre individuellen (Lern-)Schwächen zu kompensieren, Lernhilfen zu erhalten. Durch solche Missstände, wird die gepriesene Chancengleichheit nur eines – ein Märchen. Wir fordern jede*n Schüler*in auf – ob Sek-, Real-, Oberschüler*in oder Gymnasiast*in – sich für ein gerechteres Schulsystem einzusetzen! Bildung soll keine Frage mehr des Geldes sein, sondern des Willens! Eine Schule für alle!

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend



Für viele Menschen ist Bildung ein Luxus. Eine Studentin lernt in der Bibliothek der Balkh Universität in Afghanistan. Die Bücher und Einrichtung mussten mit Entwicklungshilfe finanziert werden. Bloss 12.6 Prozent der afghanischen Frauen können überhaupt Lesen und Schreiben. Foto: World Bank, 24.09.2008.



Mosaik am «Haus des Lehrers», dem Gebäude des Lehrerverbands der DDR. Foto: LHOON, Berlin, 24.10.2004.

Die andere Schule

Eine gute Bildung ist im Kapitalismus den Reichen vorbehalten. Sie macht Drill auf Ellbogendenken und Konkurrenz. Bildung kann auch anders sein. Im Sozialismus dient sie der Befreiung des Menschen.

Ein stickiges Klassenzimmer, das Quecksilber im Thermometer steigt immer höher hinauf. Sogar die Uhr scheint ermattet, so heiss ist es. Die Lehrerin ist zum Schnarchen. Mit einer monotonen Stimme ratert sie das aktuelle Buchkapitel herunter, erklärt wenig. Kaum jemand schreibt mit, was denn nun Alkalimetalle ausmacht. Der Lehrerin gelingt es nicht, den trockenen Stoff mit dem Leben ihrer Schüler*innen zu verknüpfen. Wer nichts kapiert, wird abserviert.

Abschreckende Schule

So geht es vielen Schüler*innen in der Schweiz wie in Österreich. Es ist aber nicht allein fader Frontalunterricht, der viele abschreckt. Der Druck, der auf den Schüler*innen lastet und die Perspektivlosigkeit vieler Schüler*innen von Real- und Oberschulen (oder wie auch immer sie gerade heissen) sind weitere Faktoren, welche junge Menschen vor der Schulbank erschrecken lassen. Zudem können sich Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien kaum teure Nachhilfestunden leisten. Bei Unis kommen die Studiengebühren als Abschreckung hinzu. Diese Gebühren tragen nicht dazu bei, dass die Unis finanziell besser dastehen. Vielmehr sind es Hürden für Leute aus sozial schwächeren Familien, welche diese vom Studieren abhalten sollen.

Die Bildung im Kapitalismus ist darauf ausgerichtet, Ellbogendenken und Konkurrenz zu verbreiten. Schon früh werden Misstrauen und Zwietracht gesät, damit man sich bald an «die Welt da draussen», an das Berufsleben gewöhnen möge. Dort sei sich

ja jeder selbst der nächste. Ein Sprichwort besagt, dass man nicht für die Schule, sondern für das Leben lerne. Aber so ein Leben wollen und dürfen wir nicht führen. Lernen wir Zwietracht in der Schule und nehmen wir diese Zwietracht ins spätere Berufsleben mit, so dient sie nur den Bossen, die uns gegeneinander ausspielen.

Die herrschende, kapitalistische Klasse und die ihr nahe stehenden Schichten können es sich leisten, ihre Kinder mit vergleichsweise hochwertiger Bildung zu versorgen. Kinder aus Arbeiter*innen- und Angestelltenfamilien, aber auch Migrant*innen haben das Nachsehen. Sie haben meist eine kurze Schullaufbahn, damit sie möglichst schnell möglichst wenig, aber immerhin genug wissen, um zu arbeiten. Sie werden verdummt und klein gehalten, und das über Generationen. Denn spätestens das Zeitalter der Aufklärung hat gezeigt, dass Menschen umso gefährlicher für ihre Herrscher*innen werden, je mehr sie von der Welt wissen. So stellen sie Autoritäten in Frage. Am deutlichsten wurde das historisch mit dem Siegeszug der Wissenschaften und dem damit einher gehenden Bedeutungsverlust der Kirche in Europa.

Wissen ist Macht

An diese Grundhaltung knüpfen wir Kommunist*innen an.

Uns geht es darum: weg von frontalen, bevormundenden und vielleicht sogar von aussen manipulierten Vorträgen. Die Bildung im Sozialismus und schon jetzt soll humanistischen Zwecken dienen,

den Menschen befähigen, sein eigener Herr zu werden, aktiv das eigene Schicksal zu gestalten. Deshalb waren ja im 19. Jahrhundert Arbeiterbildungsvereine so populär: politische, philosophische, wissenschaftliche und andere Themen wurden dort von Arbeiter*innen kollektiv erarbeitet, oft unter Anleitung sozialistischer Intellektueller. Ziel war es, ihnen über die Schulbildung hinausgehende Inhalte zu vermitteln, die sonst nur Studierenden vorbehalten waren. So sollte humanistisches Wissen auch dem Worte entsprechend allen Menschen zugänglich gemacht werden. Zweck dieses Wissens war und ist es, die von oben verordnete Dummheit und Fremdbestimmung und auch die Autoritätsgläubigkeit abzuschaffen.

Bildung für alle

Wir fordern also ein radikal verändertes Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität. Dieses soll sich an den Bedürfnissen und Rechten der lernenden Menschen und der Gesellschaft orientieren, nicht an der Profitgier weniger Bosse. In Finnland etwa findet sich ein von der DDR abgekupfertes stark ausgebautes Kindertagesnetz, welches beiden Eltern ermöglicht, arbeiten zu gehen. Wir wollen aber noch mehr. In der DDR lernten Schüler*innen zunächst zehn Jahre lang gemeinsam. Das beförderte eine vertraute und meist solidarische Lernatmosphäre. Hier konnte jedes Kind langsam, aber sicher an seinen Fertigkeiten und Talenten feilen. Erst mit der zehnten Klasse wurde dann nach Berufsschulen und so genannte «Erweiterte Oberschulen», in denen maturiert wurde, differenziert. Das geschah aber erst nach Absprache mit den Betroffenen. Jugendliche hatten in der DDR – wie in anderen sozialistischen Ländern – unabhängig von Religion, Hautfarbe und sozialer Herkunft alle die gleichen Chancen und genossen dieselbe Förderung in ihrer Bildungslaufbahn. Und all dies wurde ausschliesslich vom Staat finanziert.

In Kuba funktioniert die Bildung in der Primar- und Sekundarstufe ähnlich. Will jemand studieren, so wird ihm oder ihr vorher eine individuelle, ausführliche Beratung zuteil, wo – abgeleitet aus Zeugnissen u.ä. – nach den jeweiligen Interessen und Stärken eine Auswahl an möglichen Studien vorgestellt wird, welche auch kurz- und mittelfristige Relevanz für die Gesamtgesellschaft haben. Alles ganz gebührenfrei. Und das in einem Land der so genannten Dritten Welt.

Kommunistische Jugend Österreichs



Eine kubanische Primarschülerin mit ihrer Klasse auf einem Kohlfeld. Ziel der sozialistischen Schule war auch immer eine engere Einbindung von praktischer Arbeit in der Bildung.

Foto: Iezumbalaberenjena, Kuba, 1976.

Lehren aus dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion

Der Sozialismus gewinnt wieder an Ansehen. Immer mehr Menschen kritisieren das kapitalistische System grundsätzlich und suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative. Ohne sicheres Wissen über die sozialistische Sowjetunion und über Stalin lässt sich kein neuer Aufschwung des Kampfes für eine sozialistische Zukunft in Gang setzen. Ein Beitrag zur Stalin-Debatte von der Marxistisch-Leninistischen Gruppe Schweiz.

Aus dem Vorwort des Buches «Lehren aus dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion»¹:

«Tatsache ist, dass verlässliche Kenntnisse über den Sozialismus rar sind: sowohl über die Errungenschaften als auch über die Schwächen und Fehler bisheriger sozialistischer Gesellschaften. Jahrzehnte antikommunistischer Propaganda haben ihre Spuren hinterlassen. Auch auf politisch Interessierte wirken antikommunistische Vorurteile, die in den letzten Jahren wieder verstärkt verbreitet werden. Die wachsende Zahl verfälschender, verleumderischer Artikel und Bücher, Filme und Dokumentationen über Stalin und den "Stalinismus" soll dem wachsenden Interesse am Sozialismus entgegenwirken.» Stalin wird beispielsweise als «roter Diktator» mit Hitler gleichgesetzt und verunglimpft. Vor allem eines soll diese Art «Berichterstattung» erzeugen: eine tiefe Skepsis, ob eine sozialistische Gesellschaftsordnung überhaupt denkbar und realisierbar ist. Kein*e andere*r revolutionäre*r Führer*in wurde bereits in der Vergangenheit so sehr zum Hassobjekt der kapitalistischen Welt wie Stalin.

Verdienste und Fehler beim Aufbau des Sozialismus

Als überragender Sieger im Zweiten Weltkrieg und Bezwingen des Hitlerfaschismus demonstrierte Stalin die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Zugleich beging er jedoch beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion tragische Fehler.

Am 5. März 1953, starb Josef Stalin, der fast 30

Jahre lang in verantwortlichen Leitungsfunktionen die Geschicke der sozialistischen Sowjetunion leitete. Die Marxistisch-Leninistische Gruppe Schweiz (MLGS) erkennt die grossen Leistungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in der DDR an.

Die Verdienste des Sowjetvolks bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus sind unvergänglich. Gegen den erbitterten Widerstand der inneren und äusseren Feinde hat Stalin nach dem frühen Tod Lenins die Sowjetunion entschlossen auf dem sozialistischen Weg weitergeführt. Dabei wurde jedoch der notwendige ideologische Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise vernachlässigt. Auf die Mobilisierung der Massen gegen die kleinbürgerlich entarteten Vertreter*innen der Bürokratie und auf die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats unmittelbar durch die Arbeiter*innen wurde verzichtet. Das waren die beiden Hauptfehler Stalins.

Zur Gewährleistung einer unbeschweren Kontrolle, in erster Linie gegenüber dem Zentralkomitee der Partei, wurde 1923 unter Führung Lenins eine unabhängige Zentrale Kontrollkommission eingeführt. Es war Ausdruck der Unterschätzung der Gefahr der Restauration des Kapitalismus, als unter Stalin 1933 die Zentrale Kontrollkommission ihren unabhängigen Charakter verlor. Stattdessen wurde der Kampf gegen bürokratische Misswirtschaft und Sabotage mit einem selbst bürokratisierten Geheimdienst und einseitig mit administrativen Methoden geführt. Die bürokratisch-zentralistischen Führungsmethoden in der Partei-, Wirtschafts- und Staatsführung wurden nicht angetastet. Aufgrund falscher Anschuldigungen wurden auch unschuldige Menschen hingerichtet oder zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Als Marxisten-Leninist*innen auf Stalins Erfahrungen zu verzichten, heisst, auf die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu verzichten. Dann können wir auch keine grundlegenden schöpferischen Schlussfolgerungen für die heutigen und künftigen



¹ Stefan Engel: *Lehren aus dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion*. Verlag Neuer Weg, 2008.



Eine Statue mit Wladimir Lenin in Moskau, Russland.
Foto: Antonio Bonanno, 18.08.2007.

ideologischen, politischen und praktischen Auseinandersetzungen und den Aufbau des Sozialismus ziehen.

Warum ist es so schwer, sich ein Bild vom Sozialismus in der Sowjetunion zu machen?

Nicht allein die offen antikommunistischen Verleumdungen stehen dem im Weg. Es ist auch längst nicht alles Sozialismus, was als «Sozialismus» ausgegeben wird. Seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 im Februar hat sich der Charakter der Sowjetunion gewandelt. Aus dem sozialistischen Staat der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wurde ein Staat, in dem eine neue Bourgeoisie aus führenden Funktionär*innen der Partei, des Staates und der Wirtschaft herrschte. Es ist Demagogie, wenn innen- oder ausenpolitische Entwicklungen in der Sowjetunion seit der Restauration des Kapitalismus als Beleg für das angebliche Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung im Sozialismus herangezogen werden. Vieles, was seitdem geschah, ist in der Tat zu verurteilen – aber als kapitalistisch oder imperialistisch und nicht als «sozialistisch»!

Wichtige Schlussfolgerungen für die Zukunft

Die kleinbürgerlich-revisionistische Denkweise ist die Grundlage der Restauration des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern.

In dem Buch über «die Lehren des sozialistischen Aufbaus» werden wichtige Schlussfolgerungen dargestellt:

«Willi Dickhut entwickelte die Lehre von der Denkweise. Sie erklärte zum ersten Mal, weshalb und wie Revolutionäre vom sozialistischen auf den kapitalistischen Weg abdrifteten und auf welche Weise eine solche Entwicklung kontrolliert und verhindert werden kann. Oft lässt sich zuerst an Veränderungen der Lebens- und Arbeitsweise der Funktionäre erkennen, dass ihre proletarische Denkweise von der kleinbürgerlichen Denkweise verdrängt wird: dass sie ein Machtgefühl und einen bürokratischen Arbeitsstil entwickeln, sich von den Massen entfernen und bürgerliche Privilegien beanspruchen. Was Lenin schon in der Sowjetunion forderte, die Kontrolle der leitenden Funktionäre durch die revolutionären Massen und durch eine besondere Zentrale Kontrollkommission, das hat die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands zu einem System der Selbstkontrolle der Partei weiterentwickelt.»

Diese Schlussfolgerungen geben Mut und Zuversicht, sich für einen neuen Aufschwung des Kampfes um den echten Sozialismus zu engagieren.

Marxistisch-Leninistische Gruppe Schweiz

Lebenslänglich im Widerstand

Seit 25 Jahren ist der Schweizer Anarchist und «Ökoterrorist» Marco Camenisch in Haft. Eine kürzlich erschienene Biografie erzählt vom politischen Kampf, der bis heute anhält.

Deutschland hatte die RAF, Italien die Brigade Rosse und die Schweiz, aus bürgerlicher Sicht, Marco Camenisch. Der Anarchist aus dem Bergkanton Graubünden verübte in den späten 70er Jahren zwei Sprengstoffangriffe auf Kraftwerkanlagen und wurde später des Mordes an einem Grenzwächter bezichtigt. Seine Biografie ist die Geschichte eines Unbeugsamen, der sich bis heute zum revolutionären Kampf bekennt.

Entscheidung für den militanten Widerstand

Stundenlange Gespräche zwischen Marco Camenisch und dem, wie er ihn nennt, «scheissbürgerlichen Journalisten» Kurt Brandenberger, liegen dem Buch zu Grunde. Einem Buch, dem der Anarchist trotz Einverständnis zwiespältig gegenüber steht. Es ist ein journalistisches und biografisches, kein politisches. Aber ein wichtiges, weil es die Geschichte eines Widerständigen in Erinnerung ruft.

Eine Geschichte, die in den frühen 70er Jahren ihren Anfang findet, als der 20-jährige Camenisch vorzeitig vom Gymnasium abgeht. Weil er nicht «Komplize» werden will, «von Verhältnissen und Machtstrukturen, die ich nicht nur ablehne, sondern bekämpfen will». In den Jahren der «Ausreife» als Hirte und Hilfsarbeiter, festigt sich diese politische Haltung. Durch Diskussion und Reflexion über die Rolle des Staats und die Macht der Konzerne; über die Ausbeutung der Dritten Welt und die Zerstörung der Natur; über die zersetzende Kraft des Profitstrebens, global und in der direkten Umgebung. Denn während im Schweizer Flachland das mittlerweile sechste Kernkraftwerk in Planung ist, hinterlassen die Energiekonzerne auch in den Bergen, Camenischs Heimat, ihre Spuren.

Schlussendlich vor die Frage gestellt, ob sich «dieses zerstörerische System reformieren» lässt und was zu tun ist, «wenn es fünf vor zwölf ist, gutmeinende Worte nichts fruchten, wenn Kritik, wissenschaftliche Ergebnisse, politische Appelle keine Konsequenzen haben», fällt Camenisch eine Ent-

scheidung. Die Entscheidung für den militanten Widerstand, der sich gegen Jahresende 1979 in zwei Sprengstoffanschlägen auf Einrichtungen der Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK, manifestiert.

Die Angst der Herrschenden

«Du hast dabei auch Vorbilder eines solchen Kampfes im Kopf», sagte der Bündner Jahre später, in Erwähnung der Indigenen im Amazonasbecken und der Landlosen Lateinamerikas. Mit seiner Tat knüpfte er aber auch an die Sabotageaktionen des radikalen Flügels der starken Anti-AKW-Proteste an, die sich dazumal gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst formiert hatten und an den Plänen der Energiewirtschaft rüttelten.

So war Camenisch, als er in den Bergen – fernab von Kaiseraugst – den militanten Kampf aufnahm, nicht der erste «Saboteur» auf Schweizer Boden. Aber der erste und einzige, der belangt werden konnte. Und das tat die Schweizer Justiz in aller Härte, mit einem überhöhten Urteil zu zehn Jahren Zuchthaus. Ein Urteil, das nicht nur als Strafe sondern auch zur Abschreckung anderer dienen sollte.

«Was Camenisch zehn Jahre hinter Gitter bringt, ist nicht die Tat, sondern die Angst der Herrschenden vor einer tiefgreifenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land», heisst es 1980 in einer Wandzeitung an der Universität Zürich. Gesellschaftliche Verhältnisse, heute nicht andere als damals, die vom Revolutionär bekämpft und von der Justiz geschützt werden. Dieses Ringen um das herrschende System, die politische Motivation beiderseits, das ist der rote Faden in dieser Geschichte.

29 Jahre Haft

Im Herbst 1981 gelingt Camenisch die Flucht. Fortan lebt und wirkt er im Untergrund. Im nahen Italien, im fernen Übersee und auch immer wieder in der Schweiz. Im «Gehirn des Ungeheuers», wie es Che Guevara einst ausdrückte. «Im Herzen der Finanzo-



2012 führte Marco Camenisch einen Hungerstreik gegen das WEF durch als Ausdruck seiner «tendenzübergreifenden internationalistischen revolutionären Solidarität, als unsere zentrale Waffe gegen die Repression der globalen neofaschistischen technowissenschaftlichen Diktatur von Staat und Kapital».

Foto: Lagota, 20.01.2012.

ligarchie», wie Camenisch sagt. Zum Verhängnis wird ihm der 3. Dezember 1989. Der Tag, an dem er das Grab seines Vaters besucht, ist der Tag, an dem im Ort ein Grenzwächter erschossen wird. Schnell fällt der Verdacht auf den Flüchtigen, der erst im Jahr 1991 in der Toskana gefasst und rund zwanzig Jahre nach dem Mord, im Jahr 2004, im Zuge eines Indizienprozesses von der Schweizer Justiz für schuldig erklärt wird. Im Gerichtssaal hält der Angeklagte, der bis dato jegliche Aussagen verweigert hat, entgegen, dass er «auch als bewaffnet kämpfender Revolutionär» niemals getötet habe, «und schon gar nicht habe ich einen wehrlos am Boden Liegenden in den Kopf geschossen. Solche Niedertracht ist für mich schlicht nicht denkbar».

Die Justiz spricht ein Strafmass, das sich, kumuliert mit früheren Strafen, auf 29 Jahren Haft beläuft. «Viel mehr als lebenslänglich», ein Verstoß gegen geltendes Recht. Es wird später auf Geheiss des obersten Schweizer Gerichts reduziert. Doch eine vorzeitige Entlassung bleibt dem Gefangenen, trotz guter Führung, verwehrt. Wegen «delinquenzfördernder Weltanschauung». Des anhaltenden Be-

kenntnisses zum revolutionären Kampf.

«Wie hältst du das aus?», fragt Brandenberger. «Was mir hilft, ist [...] die Solidarität», antwortet Camenisch. Trotz der Jahre hinter Gittern ist er ein aktiver Teil der Bewegung geblieben. Leistet, in «positionsübergreifender Klassensolidarität», politische Arbeit. Übersetzt Texte, verfasst Erklärungen, hat sich an der Konstitution der «Roten Hilfe International» beteiligt. «Schulter an Schulter: Du Drinnen, wir Draussen», schreibt Andrea Stauffacher, langjährige Genossin, militante Kommunistin und «treibende Kraft» des Revolutionären Aufbaus Zürich, in einem Brief. Camenischs Widerstand ist ein gemeinsamer. Auch das ist ein roter Faden in dieser Geschichte.

Entlassen wird Marco Camenisch voraussichtlich, im Alter von 66 Jahren, am 8. Mai 2018. Dem «Tag der Befreiung».

Patricia, Bern

Kurt Brandenberger: Marco Camenisch. Lebenslänglich im Widerstand. Echtzeit Verlag, Basel 2015. 208 Seiten, 29 Franken.

WER WIR SIND

Wir sind Jugendliche, ob Lehrling oder Arbeiterin, Schüler oder Studentin. Vor allem aber sind wir Kommunist*innen. Wo Lehrlingslöhne gekürzt, Lehrpläne verschärft und Studiengebühren erhöht werden, da wehren wir uns. Ist doch klar: Solange diese Gesellschaft bleibt, wie sie ist, machen die «da oben» mit uns, was sie wollen. Also braucht es eine neue, eine soziale Gesellschaft. Damit auch wir etwas zu sagen haben. Deshalb:

www.KommunistischeJugend.ch
Zuerich@KommunistischeJugend.ch

WAS WIR WOLLEN

Wir wollen alles. Alles was ist, und alles was möglich ist. Und wir kämpfen darum. Heute schon. Etwa um diese Dinge:

Lehre

Die Bosse und Chefinnen beuten die Lehrlinge gnadenlos aus. Für einen mickrigen Lohn müssen die Lehrlinge die gleiche Arbeit wie die älteren Arbeiter*innen leisten, Überstunden schieben und auch noch die Drecksarbeit verrichten. Wir fordern bessere Löhne für die Lehrlinge, keine überlangen Arbeitstage, keine fachfremden Tätigkeiten während der Lehre, mehr Lehrplätze, eine strenge Kontrolle der Betriebe und längere bezahlte Ferien.

Gewerkschaft

Alleine machen sie dich platt, organisier dich! Das gilt sowohl für die Arbeitenden wie für Arbeitslose - mit oder ohne Arbeitserlaubnis. Ständig werden Stellen eingespart, Löhne und Sozialleistungen gedrückt, das Arbeitsrecht wird aufgeweicht. Mit der Gewerkschaft kann dagegen gekämpft werden. Aber dazu brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaft, die zur Solidarität anstrebt, Streiks führt und nicht vor den Bonzen kuscht.

ÖV

Die Jugend braucht einen kostenlosen ÖV. Besonders Lehrlinge sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen, um zur Ar-

beit zu kommen. Man macht mit ihrer Arbeit Profit, also kann es nicht sein, dass sie auch noch die Fahrt zur Arbeit selbst zahlen müssen. Darum: Der ÖV gehört für die Jugendlichen kostenlos; zahlen sollen die Chefs und Firmen!

Wohnen

Die Wohnung ist mehr als nur der Ort zum Pennen - da spielen sich soziale Kontakte ab, da holst du deine Freund*innen hin, da feierst du mal 'ne Party. Aber guter Wohnraum ist knapp und teuer. Deshalb fordern wir ein staatliches Wohnbauprogramm, das für günstigen und lebenswerten Wohnraum sorgt. Die Mieten müssen sich am Einkommen orientieren und die Spekulation mit Wohnraum muss beseitigt werden.

Frieden

Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Die internationalen Konzerne lechzen nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt und führen dort immer wieder Raubzüge durch. Mit Phrasen wie «humanitärer Intervention» beschönigen sie ihre Aggressionen. Wir verteidigen deshalb das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen solche Einmischungen. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg wählen - Frieden wird jedoch allein der Sozialismus bringen, auf welchem Weg man ihn auch erreicht.

Ich bestelle ein:

- Probeabo
- Kostenloses Jahresabo
- Soli-Abo für eine Spende

Ich will:

- Infomaterial von der KJ
- einen coolen KJ-Pulli für 30 Franken
- aktiv werden

Adresse

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte
frankieren

Njet! Das kommunistische Jugendmagazin
c/o Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich